



NIEDERSACHSEN VORWÄRTS

NOVEMBER 2010 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

ein Jahr hat Schwarz-Gelb nur mit sich selber gekämpft, jetzt bekämpfen sie auch die Interessen der Bürger und Bürgerinnen in diesem Land. Die Verlängerung der AKW-Laufzeiten ist durch den Bundestag gepeitscht worden, beispiellos in der bundesdeutschen Parlamentsgeschichte. Den Schaden tragen die Kommunen und ihre Bürger. Denn die Stadtwerke werden im Wettbewerb mit den Energieriesen geschwächt, Strompreiserhöhungen werden eine Folge sein. Die andere: Weniger Geld für die Kämmerer, weniger Leistungen für die Bürger. Wenn die Bundesregierung glaubt, solche Attacks gegen das Gemeinwohl könnten unbemerkt bleiben, sind CDU und FDP schief gewickelt. Von unserem Kommunalkongress ist das starke Signal ausgegangen, dass es Zeit für eine neue Politik ist. »Vorfahrt für die Kommunen« ist die Leitlinie der SPD.

Euer

Olaf Lies
Landesvorsitzender

GEMEINSAM FÜR EIN ERFOLGREICHES NIEDERSACHSEN

Mit dem 2. kommunalpolitischen Kongress stimmte sich Niedersachsens SPD am 30. Oktober in Hannover auf das Kommunalwahljahr 2011 ein.

Von Lothar Pollähne und Sebastian Schumacher



Geballte kommunalpolitische Kompetenz: Hannovers OB Stephan Weil; Lüneburgs OB Ulrich Mäde; Celles OB Dirk-Ulrich Mende; Landrat des Landkreises Osterode am Harz, Bernhard Reuter und Delmenhorsts OB Patrick de La Lanne.

Foto: lopo

»Wir geben der Kommunalpolitik den richtigen Platz«. Mit diesen Worten eröffnete die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Gabriele Lösekrug-Möller vor über 700 Teilnehmern den 2. Kommunalkongress der niedersächsischen SPD am 30. Oktober und meinte damit selbstverständlich nicht nur den Tagungsort Hannover. Der war auf jeden Fall richtig gewählt, um das erste Signal für die Kommunalwahlen im kommenden Jahr zu setzen, denn »das eigentliche Fundament der SPD ist die Kommunalpolitik«, so Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil in seiner Eröffnungsrede. Kommunalpolitiker brauchen einen starken und verlässlichen Partner und das kann nur die SPD sein.

Beinhart bilanzierte Stephan Weil, der als Bundesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik weiß, welche Sorgen die Kommunen haben und wer sie verursacht hat: »Die Hälfte unseres Schlammassels wird durch falsche Politik in Berlin verursacht«. Die andere Hälfte steuert die niedersächsische Landesregierung bei, die im Bundestag nicht gegen die schädlichen Gesetze gestimmt hat. Auf-

gabe des Landes Niedersachsen sei die Interessenvertretung seiner Kommunen in Berlin und daran hapere es erheblich. So plant Bundesfinanzminister Schäuble, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Widerspruch aus Niedersachsen? Fehlangeige! Und das, obwohl die Berliner Gesetze bei den Gemeinden mit 6,5 Milliarden Euro jährlich zu Buche schlagen und obwohl allein die Städte, Gemeinden und Landkreise in Niedersachsen bereits mit Kassenkrediten von über fünf Milliarden Euro belastet sind.

Das von Bund und Land verursachte Finanzdesaster führt unweigerlich zu gesellschaftlichen Kollateralschäden, wenn nicht alsbald gegengesteuert wird. »Integration gelingt eben nicht per Gesetzblatt oder durch Geschwätz in Talkrunden, sondern nur durch handlungsfähige Städte und Gemeinden, die das alles auf die Reihe bringen«, erklärte Hannovers Oberbürgermeister und endete unter dem Beifall der über 700 Teilnehmer des Kongresses mit den Worten: »Wir haben eine glasklare Forderung: Hände weg von der Gewerbesteuer!«

Fortsetzung auf Seite 2

Erfolg im Landkreis Schaumburg: Der neue Landrat heißt Jörg Farr. Mehr dazu auf S. V

Im Niedersachsen-vorwärts: »TiL-Themen im Landtag« (Mittelteil Seiten 1-4)



Die Initiative »Volksbegehren für gute Schulen« hat während des Kommunalkongresses der SPD am 30. Oktober Anteilsscheine für eine Klage vor dem Staatsgerichtshof verkauft. Die Aktion war erfolgreich: es kamen 1.300 Euro zusammen. Damit kann die Klageschrift bezahlt werden. Auf dem Foto: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lars Klingbeil unterstützt das Volksbegehren.

Fotos (2): Christoph Matterne

Fortsetzung von Seite 2



Volles Haus mit mehr als 700 Teilnehmern beim Kommunalkongress II im Wienecke XI.

Wer die Kommunen schädigt, beschädigt die Demokratie. Das ist den vergangenen Wochen nirgends so deutlich geworden, wie bei geplanten Änderung der Kommunalverfassung. »Eine der ersten Amtshandlungen einer SPD-geführten Landesregierung wird die sofortige Rücknahme dieses Demokratieabbaugesetzes«, kündigte der SPD-Landesvorsitzende Olaf Lies in seiner Rede an. »Wir werden den Bürgerinnen und Bürgern ihre demokratischen Rechte auf Teilhabe sichern«, so Lies, und

dazu gehört die Beibehaltung der Stichwahl. 39 Prozent im ersten Wahlgang sind keine demokratische Legitimation. Das liefe in der Konsequenz darauf hinaus, »dass sich Kommunalpolitiker irgendwann durch ihre eigene Wahl legitimieren«, monierte Olaf Lies sarkastisch: »Unsere Aufgabe muss es sein, Menschen dazu zu bringen, sich in die Entscheidungsprozesse in den Kommunen einzumischen.«

Olaf Lies plädierte an alle Gliederungen der SPD, gemeinsam für ein erfolg-

reiches Niedersachsen zu streiten, denn »wir kennen die praktische Ebene, wir wissen, wie wichtig der Erhalt von Kitas, Schwimmbädern und Büchereien für den Zusammenhalt der Gemeinden ist«. Bei den Bürgerinnen und Bürgern im Lande muss nach Olaf Lies Überzeugung eines ankommen. Bei aller Kritik an vielen Entscheidungen lohnt es sich, für etwas einzutreten: handlungsfähige, lebens- und lebenswerte Städte und Gemeinden. Genau da sind die Menschen bei der SPD an der richtigen Adresse. ■



Solidarisch mit Gorleben: SPD-Landesvorsitzender Olaf Lies

Foto: lopo

BAHN FREI FÜR FAIRE LÖHNE

Olaf Lies sprach auf der Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Betriebsgruppe Bahnen.



Streiken für den Branchentarifvertrag.

Foto: transnet

Dass sich rund 45 Eisenbahnerinnen und Eisenbahner am 26. Oktober zur Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Betriebsgruppe Bahnen in der Stadthalle Uelzen zusammenfanden war schon erstaunlich. Schließlich hatten die Bahngewerkschaften bundesweit zu Warnstreiks für einen einheitlichen Branchentarifvertrag aufgerufen und ein solcher Aufruf wird bei den kampferprobten Bahnerinnen und Bahnern solidarisch befolgt. »Gibt es einen besseren Tag als heute für diese Veranstaltung«, fragte daher der

SPD-Landesvorsitzende Olaf Lies rhetorisch in die Runde, um dann inhaltlich auf die Streiks einzugehen. »Es geht bei den Warnstreiks um viel mehr als nur um Tarifverhandlungen«, erklärte Lies. »Es kann nicht angehen, dass Löhne immer weiter gedrückt werden.« Schlachtbetriebe mit Hungerlöhnen von 2,09 Euro sind da nur die schlimmsten Ausbeuter. »So etwas muss verhindert werden«, so Olaf Lies, »und insofern ist es zu begrüßen, dass die Bahner für den Branchentarifvertrag streiken.«

Bahnpolitisch setzte sich Olaf Lies mit zwei für das Flächenland Niedersachsen vorrangigen Projekten auseinander. Wer für die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene plädiert, muss sich auch für entsprechende Infrastrukturprojekte einsetzen. »Dazu gehört der zügige Ausbau der zur Zeit eingleisigen Bahnstrecke Wilhelmshaven–Oldenburg, denn ein solcher Propf kann Güter nicht in ausreichendem Maße ableiten«, so Olaf Lies. Auch wenn der Ausbau 500 Millionen Euro koste und mit einer Vollsperrung der Strecke für 180 Tage einhergehe, sei dies Geld gut angelegt und die positiven Auswirkungen über Jah-

re hinaus spürbar. Überhaupt plädierte Olaf Lies für ein norddeutsches Hafenkonzept, damit der Güterverkehr nicht in andere Regionen ausweiche.

Eng verknüpft mit dem Thema Güterverkehr ist die so genannte Y-Trasse, die von vielen Anliegern nicht gewünscht sei, vor allem, weil sie befürchten in Zukunft vom Fernverkehr abgehängt zu werden. »Bei der Y-Trasse werden wir uns auf überraschende Diskussionen einstellen müssen«, erklärte der SPD-Landesvorsitzende. Es wird viel Überzeugungskraft nötig sein, um klarzumachen, dass die Trasse vor allem dazu diene, dem gewollt steigenden Güterverkehr im Sinne des Wortes Bahn zu verschaffen.

In der Diskussion forderten die Anwesenden klare Aussagen der niedersächsischen SPD, dass das Thema Schieneninfrastruktur nicht weiter verfolgt wird und dass die SPD nach der Landtagswahl 2013 das Vergabegesetz wieder einführt. Die Zukunftsaufgabe heißt: Erhalt und Ausbau der Schiene bei angemessenen und fairen Löhnen, denn der Verkehr darf nicht über Personalkosten und Arbeitszeiten geregelt werden. ■ u.b./eb

RASSISMUS DER MITTE: GESELLSCHAFTSFÄHIG?

Sündenböcke, Volksgemeinschaft und die Sehnsucht nach dem starken Führer: Eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt beunruhigende Ergebnisse

Von Gabriele Lösekrug-Möller

Die FPÖ spielt mit der Idee, in Deutschland ein Nationalbüro zu eröffnen. Es ginge darum, in einer langfristigen Strategie eine patriotische Bewegung auf Bundesebene zu etablieren und mit der rechtspopulistischen Pro-Bewegung zu kooperieren. Aber nicht nur Haider's Erben sind auf dem Vormarsch. Diese Nachricht ist alarmierend, ist sie doch einzuordnen in den europaweiten Aufbruch nationalistischer und rechtsradikaler Politik. Ebenso beunruhigend sind die Ergebnisse der soeben vorgelegten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung »Die Mitte in der Krise« über rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Sie belegt, dass rechtsradikale Haltungen in allen Schichten und Milieus zu Hause sind.

Die Mitte in der Krise

Rassismus, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Sozialdarwinismus machen nicht mehr Halt vor Kirchentüren, Gewerkschaftshäusern und den demokratischen Parteien. Wer glaubt, Bildung schütze vor Einstellungen wie »Volksgemeinschaft ist Schicksalsgemeinschaft« oder der Unterscheidung von »wertvollem und unwertem Leben«, der/die irrt gewaltig. Nicht nur Angehörige sogenannter bildungsferner Schichten gehen rechtsextremer Argumentation auf den Leim. Leider holen auch die

Frauen auf. Hatten die Forscher noch vor wenigen Jahren dem weiblichen Geschlecht eine deutlich geringere Nähe zu rechtsextremen Sichtweisen attestiert, gibt es aktuell kaum noch Unterschiede. Anlass zur Sorge in einer alternierenden Gesellschaft gibt auch das Ergebnis, dass die Zustimmung zu rechtsextremen Positionen mit dem Lebensalter steigt.

Alarmierende Befunde

Der Vergleich zu den Erhebungen seit 2002 zeigt, Rechtsextremismus ist in der Mitte der Gesellschaft salonfähig geworden. Wer rassistische und antidemokratische Einstellungen zu »randständigen« Phänomenen verharmlosen will, verkennt bundesdeutsche Wirklichkeit.

Denn der Schaden ist weitaus größer. Jede/r zehnte Befragte wünscht sich einen »Führer«, der Deutschland zum Wohle aller mit »harter Hand regiert«. Und gleich Viele halten eine »Diktatur« für die bessere Staatsform. 90% der Befragten konnten keinen Sinn darin erkennen, sich politisch zu engagieren oder haben das Gefühl, keinen Einfluss auf die Regierung nehmen zu können. Soviel Abkehr von Demokratie war noch nie. Dieser Befund muss Demokraten und Demokratinnen in Deutschland und Europa in absolute Alarmbereitschaft versetzen.

Und die politischen Konsequenzen? »Noch! Mehr Demokratie wagen«. Das ist der Vorschlag der Autoren der Studie. Aber, neue Formen der Partizipation reichen nicht aus, Voraussetzung zur Teilhabe am demokratischen Prozess und Schutzfaktor sind Bildung und der Mut, gesellschaftliche Prozesse nicht ausschließlich ökonomischen Prämissen zu unterwerfen. Um entgegenzusteuern sei eine ernst gemeinte und tief greifende Demokratisierung gesellschaftlicher Institutionen dringend notwendig. Demokratie muss erfahrbar sein – und zwar im Alltag der Menschen. Soweit einige Ergebnisse der Studie. (Die ganze Studie unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>).

Keine Entwarnung in Niedersachsen

Und in Niedersachsen? Sigrid Leuschner, Landtagsabgeordnete und als Innenpolitikerin ausgewiesene Expertin in Fragen von Rechtsextremismus in Niedersachsen, gibt keine Entwarnung. Nichts ist besser in Niedersachsen, und die Landesregierung schaut tatenlos zu. Das ist ein politischer Skandal. Die SPD Niedersachsen hat eigens ein Forum »Gegen Rechtsextremismus« eingerichtet. Die SPD Landtagsfraktion nimmt die Ergebnisse dieser Studie zum Anlass weiterer Initiativen. ■



Gabriele Lösekrug-Möller,
MdB, stv. Landesvorsitzende

ANGEBOT DES LANDESVERBANDES ZUR KOMMUNALWAHL

Der Kommunalkongress II hat gezeigt, dass die SPD in ganz Niedersachsen bereit ist, um die Mehrheiten in den Parlamenten vor Ort zu kämpfen. Als unterstützendes Angebot hat der Landesverband ein so genanntes Web-to-Print-Angebot für niedersächsische SPD-Gliederungen sowie SPD-Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl 2011 aufgelegt.

Unter www.shop.spdnds.de können individuelle Drucksachen im verbindlichen Corporate Design (CD) der SPD in Niedersachsen erstellt und für den eigenen Wahlkampf verwendet werden. Ab Mitte November werden sämtliche Angebote im Wahlkampf-Shop zur Verfügung stehen. Also: anmelden, wahlkämpfen und gewinnen! ■ mr



Michael Rüter,
Landesgeschäftsführer der
SPD-Niedersachsen



Klaus Peter Bachmann, MdL, Braunschweig, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

MACHTERHALT AUF KOSTEN DER DEMOKRATIE

Von Matthias Stoffregen

Ein Blick in aktuelle Umfragen zur politischen Stimmung in Deutschland macht deutlich, dass CDU und FDP in den Ländern und im Bund schweren Zeiten entgegengehen. Aus Angst vor Wahlniederlagen greift das schwarz-gelbe Lager jetzt in Niedersachsen auf demokratisch fragwürdige Mittel zum Machterhalt zurück: Im Schweinsgalopp ändern sie Kommunalverfassungsrecht und Wahlrecht zu ihren Gunsten, denn 2011 wird in den niedersächsischen Kommunen gewählt.

derartige Vorschläge auf massive Kritik stoßen würden, war den Regierungsfraktionen offenbar schon vorher klar. Sie vereinbarten deshalb, auf mündliche Anhörungen der kommunalen Spitzenverbände und der kommunalen Unternehmen zu verzichten, verlagerten die ersten Beratungen in den Innenausschuss (zunächst geplant in nichtöffentlicher Sitzung!) und wollten bereits im November den veränderten Gesetzentwurf mit den Änderungen im Kommunalwahlrecht im Landtag

reich einzureichen. »Die Änderungen der Wahlbereiche begünstigen natürlich auch die Wahlchancen der FDP«, erklärte Bachmann den Gästen der SPD-Veranstaltung.

Der Verein »Mehr Demokratie e.V.« hat die Abschaffung der Stichwahlen ebenfalls unter die Lupe genommen und untermauert Bachmanns Befürchtungen mit Zahlen: In 26 von 82 Stichwahlen konnte sich im Jahr 2006 der beim ersten Wahlgang Zweitplatzierte durchsetzen. In über 65 Prozent dieser 26 Stichwahlen erhielten die Gewählten eine größere Zustimmung als der Erstplatzierte beim ersten Wahlgang. Von den 26 »betroffenen« Kandidaten gehörten elf der SPD und vier der CDU an. »Die Zahlen belegen, dass vor allem die CDU mit der Abschaffung der Stichwahl künftige SPD-Bürgermeister verhindern will«, kommentierte Bachmann.

In einer Stellungnahme kommt der Verein »Mehr Demokratie e.V.« zu dem Schluss, dass »zukünftig Bürgermeister und Landräte ins Amt kommen, die nicht von der Mehrheit der Wahlberechtigten getragen werden und dass den Wählern Partizipationschancen genommen werden, da sie nicht alle ihre Präferenzen zum Ausdruck bringen können bzw. sie an der Wahlentscheidung gehindert werden.« Der Verein möchte jetzt mit einer landesweiten Unterschriftenaktion im Internet Druck auf die Landesregierung mit dem Ziel ausüben, um die Abschaffung der Stichwahlen noch zu verhindern.

Auf kräftige Gegenwehr aller Kommunen im Land setzt Klaus-Peter Bachmann bei der von CDU und FDP geplanten Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. Die Einschränkungen könnten bewirken, dass Städte und Gemeinden ihre Beteiligungen an Verkehrsbetrieben, Krankenhäusern, Energieversorgern oder Müllentsorgern privaten Unternehmen überlassen müssten. »Wer in Zeiten, in denen die kommunale Handlungsfähigkeit ohnehin massiv bedroht ist, Städten, Kreisen und Gemeinden auch noch jede Möglichkeit zum Wirtschaften versagt, betreibt eine kommunalfeindliche Politik«, findet Bachmann.

Der Braunschweiger Landtagsabgeordnete unterstützt die Unterschriftenaktion von »Mehr Demokratie e.V.«. Er rief die Gäste beider Abendveranstaltungen des SPD-Bezirks dazu auf, für die Aktion zu werben. Außerdem versprach Bachmann den Anwesenden, dass eine SPD-geführte Landesregierung nach der Landtagswahl 2013 die schwarz-gelben Beschlüsse wieder kassieren wird. ■



Großes Interesse: Viele Zuhörer bei der Info-Veranstaltung in Braunschweig.

Foto: SPD-Bezirk Braunschweig

Die skandalöse Geschichte von Machtgier und Bürgerentmündigung begann relativ harmlos im Juni diesen Jahres. Der damalige Ministerpräsident Christian Wulff legte einen von der Landesregierung beschlossenen Gesetzentwurf »zur Zusammenfassung und Modernisierung des niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts« für die Beratungen im Landtag vor. Neben einer zaghafte Stärkung von Ehrenämtern sah dieser Entwurf unter anderem vor, die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) in der neuen Kommunalverfassung aufgehen zu lassen und Begrifflichkeiten in den Regelwerken anzugleichen.

»Mit dem Entwurf hatte selbst die Opposition kaum Probleme«, erinnert sich Klaus-Peter Bachmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Es sei zwar mehr als fragwürdig, warum man die gewachsenen eigenständigen Kommunalverfassungsgesetze, wie die NGO, »neutralisieren« muss. Aber grundsätzlich hätte man sich sicher verständigen können. Ende September ließen jedoch CDU und FDP im Landtag die Katze aus dem Sack: Sie haben sich darauf geeinigt, Stichwahlen abzuschaffen und die einzelnen Wahlbereiche erheblich zu vergrößern. Ferner wollen sie die Möglichkeiten wirtschaftlicher Betätigungen für Kommunen einschränken. Dass

verabschieden. Die Kommunalverfassungsänderungen sollen dann im Dezember folgen.

Die SPD-Opposition im Niedersächsischen Landtag wird die Vorhaben von CDU und FDP zwar nicht verhindern können, aber sie hat sich vorgenommen, Bürger und Kommunen über die massiven Folgen der Vorhaben im Rahmen von fünf Regional-Konferenzen zu informieren. Eine dieser Konferenzen fand im SPD-Bezirk Braunschweig statt. Über 60 Gäste, darunter viele kommunale Mandatsträger aus der Region, ließen sich von Klaus-Peter Bachmann die Änderungen erläutern. »Die Abschaffung der Stichwahl und die Erweiterung der Wahlbereiche sind deutliche Zeichen eines politischen Kuhhandels zwischen CDU und FDP«, kritisierte Bachmann.

Der Verzicht auf die Stichwahl bedeute, so der Landtagsabgeordnete weiter, dass zukünftig ein Bürgermeister mit einer unterhalb der absoluten Mehrheit liegenden Stimmenzahl gewählt werden könne. Von einer breiten demokratischen Legitimation könne dann keine Rede mehr sein. Die größeren Wahlbereiche führten wiederum dazu, dass es extremistische Parteien, die in der Fläche nicht verankert sind, Dank CDU und FDP nun deutlich einfacher hätten, eine gültige Liste für einen Wahlbe-

EINE LANZE FÜR DIE KOMMUNALPOLITIK

Sigmar Gabriel unterstützt den parteilosen SPD-Landratskandidaten Jörg Farr

Von Michael Meißner

Im bis auf den letzten Platz besetzten Großen Rathaussaal in Bückeburg haben über 400 Besucher einer öffentlichen Veranstaltung der SPD Schaumburg dem SPD-Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel und dem parteilosen SPD-Landratskandidaten Jörg Farr einen stürmischen Empfang bereitet. »Ich möchte die Bürgerinnen mit Qualifikation und Erfahrung überzeugen und nicht mit Marketingspielchen und Ideenskizzen«, sagte Farr. Er kündigte an, »um jeden Arbeitsplatz im Landkreis kämpfen zu wollen, auch um den Preis einer Kreditaufnahme«.

Sigmar Gabriel brach eine Lanze für die Kommunalpolitiker. »Ihr seid am dichtesten am Bürger dran, macht alles ehrenamtlich, und zwar aus Liebe zur Heimat«. Erforderte alle auf, »aus Respekt dem Ehrenamt gegenüber, an Landrats- und Kommunalwahlen« teilzunehmen. Die SPD muss nach den Worten von Sigmar Gabriel die Partei sein, die dafür sorgt, dass die Städte und Gemeinden finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Die Bundesregierung mache das Gegenteil. CDU und FDP hätten die Mehrwertsteuer für Hoteliers gesenkt, was den Städten



und Gemeinden 2,8 Milliarden Euro kostet.

»Lernmittelfreiheit, Laptop und ein warmes Mittagessen für die Schulkinder sind besser als alle paar Jahre 10 oder 20 Euro mehr für die Familien«, sagte Gabriel unter dem Beifall der Zuhörer. 70.000 Jugendliche würden jedes Jahr die Schule ohne Schul- oder Berufsschulabschluss verlassen. Für die SPD habe Vorrang, diese

70.000 Jugendlichen so zu fördern, dass sie vom Handwerk schließlich eingestellt werden können. Gabriel stimmt Jörg Farr zu, dass Arbeitgeber, die Aufträge haben wollen, Tariflöhne und Sozialabgaben zahlen müssen. »Die SPD wird sich darum kümmern, dass die anständigen Betriebe geschützt werden und Recht und Ordnung auf dem deutschen Arbeitsmarkt herrschen«, versprach Gabriel. ■

» Die SPD muss und wird die Städte und Gemeinden finanziell so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können.«

Sigmar Gabriel

Sigmar Gabriel (l.) unterstützte den Landratskandidaten der SPD Schaumburg, Jörg Farr, im Wahlkampf.

Foto: Michael Meißner

FARR IST LANDRAT

Am 31. Oktober um 19.25 Uhr war alles klar: Mit 60,4 Prozent der abgegebenen Stimmen ist Jörg Farr zum Landrat des Kreises Schaumburg gewählt worden. Der Niedersachsen-vorwärts gratuliert.

BEZIRKSKONFERENZ DER AG 60+ WESER-EMS

Die Bezirkskonferenz der Arbeitsgemeinschaft 60plus im Bezirks Weser-Ems findet turnusgemäß am 15. November 2010 in Oldenburg statt. Neben der Neuwahl des Vorstands, der bisherige Vorsitzende Dieter Sündermann kandidiert für eine weitere zweijährige Periode, steht ein umfangreiches Antragspaket auf der Tagesordnung. Als Hauptreferent konnte die AG 60plus den SPD-Landesvorsitzenden Olaf Lies gewinnen, der sich mit dem Thema »Alt werden können in einem zukunftsorientiertem Niedersachsen« auseinandersetzen wird.

Die Bezirkskonferenz findet statt am 15. November 2010, um 10.00 Uhr im Hotel »Zum Lindenhof« in Bloherfelder Straße 210, Oldenburg,

11 AM 11.11. UM 11.11 UHR

Vergesst Eiswetten, Grünkohlkönigsmahl oder anderweitig zweifelhafte Veranstaltungen; die einzig wahre Würdigung der bedeutendsten norddeutschen Kulturpflanze findet am 11.11.2010 um 11.11 Uhr in Gifhorn statt. Das liegt mitten im Braunkohl-Korridor, wo Kennern zufolge die besten Variationen des regionalen Spitzengerichts aufgetischt werden. Ausgerichtet wird das Gifhorer Braunkohl-Spektakel von der AG 60plus aus 11 SPD-Ortsvereinen im Umkreis von Gifhorn. In diesem Jahr zu Gast ist der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner. Dem Vernehmen nach wird er auch aus den Niederungen der Tagespolitik berichten. Der Gifhorer Braunkohlschmaus findet am 11.11.2010 um 11.11 Uhr im Bürgerschützenaal in Gifhorn am Schützenplatz 3 statt und kostet elf Euro.

ANMELDUNGEN sind noch bis zum 7.11.2010 (täglich ab 18.00 Uhr) möglich bei H.A. Müller unter 05376/7654.

CASTOR-CAMP 2010

Ab dem 05.11.2010 startet der Castor-Transport seine Reise von der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague in das niedersächsische Gorleben. Dies nimmt der SPD-Unterbezirk Lüchow-Dannenberg zum Anlass, um neben der traditionellen Auftaktdemo zahlreiche Aktionen, Blockaden und Veranstaltungen durchzuführen. Neben diesen Initiativen stellt das Castor-Camp der SPD den Mittelpunkt der Kampagne »Castor-Camp 2010« dar. Es befindet sich auf einer riesigen Fläche des Landkreises Lüchow-Dannenberg an der Nordstrecke des Straßentransports. Abgesehen von einem Verpflegungs- und Übernachtungsstützpunkt bietet es einen Dialog- und Informationspunkt der SPD sowie Guides mit Ortskenntnissen und Erfahrungen im Umgang mit Polizeieinsätzen. Viele Abgeordnete der Landtage und des Bundestages werden hier für Gespräche zur Verfügung stehen und selber die Protest- und Blockadeaktionen begleiten. Ein weiteres Highlight sind die SPD-Fleece Mützen, Banner und Fahnen, die es den TeilnehmerInnen des Camps ermöglichen, als ein geschlossenes, starkes Kollektiv aufzutreten. Gemeinsam werden sie als die »Rotkäppchen« die Präsenz der Partei bei allen Aktionen enorm steigern. Auch Kurzentschlossene können noch in das Camp kommen, die Proteste werden sich bis Montag, 8. 11. 2010, hinziehen.

MEHR INFORMATIONEN:

im Internet: www.gorleben-soll-leben.de
bei Facebook: Rotkäppchen gegen Castor
bei Twitter: X_Rotkaeppchen
oder SPD Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Lüneburger Straße 42, 29525 Uelzen, Telefon 0581/5281



Bernd Lange, MdEP

Foto: Anette Gilke

FÜR EINE NEUAUSRICHTUNG EUROPÄISCHER INDUSTRIEPOLITIK

Von Bernd Lange

Spätestens die Finanz- und Wirtschaftskrise verlangt eine Rückbesinnung auf die Industrie in Europa. 75% des Exports aus der EU und 25% der Wertschöpfung kommen aus der Industrie und fast ein Drittel aller Arbeitsplätze, mit denen etwa 57 Millionen Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen, sind in der Industrie angesiedelt. Die konservativ-liberale Mehrheit in der EU hat die Industriepolitik in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt. Der Fokus der Politik lag einseitig auf der Selbstregulierung der Märkte, auf Finanz- und Dienstleistungs-

chen zu verankern. Ideen und Kompetenzen der Beschäftigten müssen bei der Erneuerung der Industrie mehr genutzt werden, deshalb sollte eine möglichst große Beteiligung stattfinden, die über die EU-Mindestregelungen hinausgehen.

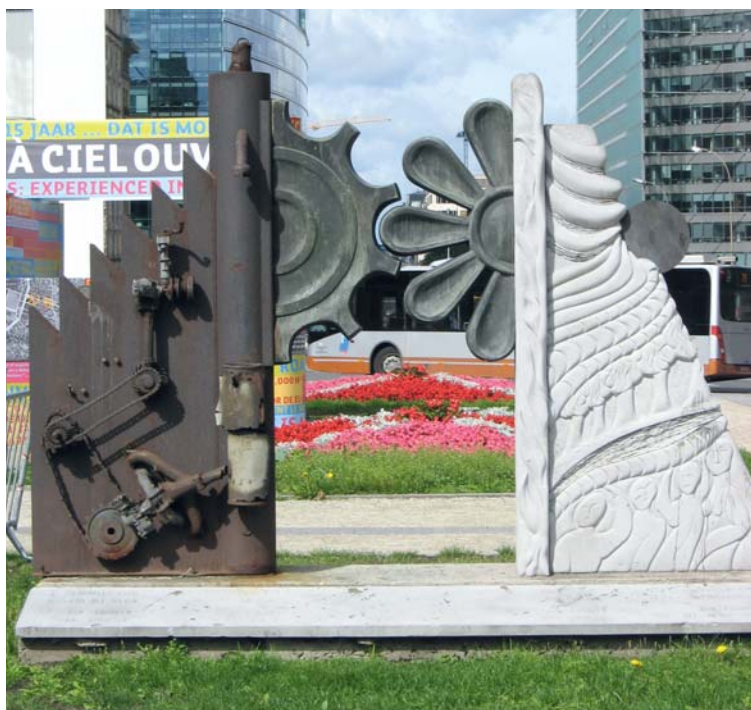
Die Arbeitsproduktivität hat sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich schneller entwickelt als die Produktivität der Ressourcen (Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe und Material). In der Industrie machen die Arbeitskosten etwa 20% und die Kosten für Ressourcen 40% aus. Eine deutliche Steigerung der Ressourceneffizienz durch Anreizsysteme, durch Vorgaben und durch Verbreitung von guten Praxisbeispielen verbessert die Nachhaltigkeit und stärkt die Position der europäischen Industrie. Ihre Leistungsfähigkeit im globalen Wettbewerb kann nur durch neue Technologien und Lösungen, eine gut organisierte Lieferkette, verbesserte Effizienz, qualifizierte und kreative ArbeitnehmerInnen sowie gute Logistik und Infrastruktur bewahrt werden. Eindeutige Lohnkürzungen und pauschale Ausgabensenkungen sind nicht der richtige Weg. Zentral in der Industriepolitik ist daher u.a. die europaweite Förderung von Innovationen, was sowohl Produkte aber auch Dienstleistungen, Prozesse und Organisation umfasst und die die gesamte Prozess- und Wertschöpfungskette mit in den Blick nimmt. Also z.B. nicht nur das saubere Auto, sondern von der Entwicklung, über die Zulieferer, die Nutzung im intelligenten Verkehrssystem bis hin zum Recycling. Die Stärkung von Leitmärkten wie der Umweltindustrie (ca. 3,5 Mio. Beschäftigte und bis zu 50 % weltweiter Marktanteil) oder der Mobilitätswirtschaft sowie Antworten auf globale Herausforderungen durch Klimawandel, demographische Veränderungen oder wachsende Städte müssen angepackt werden. Sinnvolle regionale Strukturen können zudem ein wichtiger Beitrag zu Stärkung der Industrie in Europa sein. Cluster, Innovationszusammenhänge und Vernetzungen (Betriebe, Universitäten und Forschungszentren) sind wesentlich für Investitionsentscheidungen und Technologietransfer. Deswegen sollten innovative Cluster und regionale Netzwerkstrukturen wie Metropolregionen weiter gefördert werden.

Der Erfolg einer neuen nachhaltigen Industriepolitik hängt davon ab, dass insbesondere die ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften eingebunden werden. Die EU ist aufgefordert, ein klares Partnerschaftsprinzip in allen Berei-

chen zu verankern. Ideen und Kompetenzen der Beschäftigten müssen bei der Erneuerung der Industrie mehr genutzt werden, deshalb sollte eine möglichst große Beteiligung stattfinden, die über die EU-Mindestregelungen hinausgehen.

Gerade für das Industrieland Niedersachsen mit starker Mobilitäts- und Ernährungswirtschaft, Chemie-, Werft- und Stahlindustrie aber auch wachsender Industrie im Bereich der erneuerbaren Energien ist, eine sinnvolle und verlässliche EU-Industriepolitik elementar. Die Sozialdemokraten im EP sind hier der Motor.

Das Europäische Parlament stimmt Anfang 2011 über den Bericht ab, der zu finden ist unter www.bernd-lange.de. ■



Industrie und Umweltschutz müssen ineinander greifen

Foto: Katrin Reich

bereichen, eine Deindustrialisierung wurde in Kauf genommen.

Damit wir auch zukünftig qualifizierte Arbeitsplätze und eine nachhaltige Produktion mit industrieller Wertschöpfung in der EU erhalten, muss die EU zügig eine Politik für eine nachhaltige, ökoeffiziente, wissensbasierte und global wettbewerbsfähige Erneuerung der industriellen Basis auf den Weg bringen. Jetzt gibt es erste Ansätze eines Umsternens. Das Europäische Parlament entwickelt eine industriepolitische Strategie und hat mich zum Berichterstatter ernannt. Die EU-Kommission wird nun auch endlich im Rahmen der EU 2020 Strategie mit einer Mitteilung zur Industriepolitik aktiv.

Und in der Tat, wir brauchen klare Zielvorstellungen für die europäische Industrie in 2020 mit Orientierungen z.B. für Energie- und Ressourceneffizienz, so

VERANSTALTUNGSHINWEIS

KLIMASCHUTZ UND ARBEITSPLÄTZE



Sichert der Handel mit Emissionsrechten Arbeitsplätze in der Industrie? Was ist technisch möglich? Was bedeutet das für die Entwicklung Erneuerbarer Energien? Welches sind die Instrumente der Zukunft?

Der Europaabgeordnete Bernd Lange und der SPD-UB Salzgitter laden ein zu Information und Diskussion mit den Experten: Bernd Lange, MdEP (Einführung), Dr. Matthias Miersch (MdB), Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion; Dr.-Ing. Jens Traupe, Leiter Umweltschutz- und Energiepolitik der Salzgitter AG; Dietmar Schütz, Präsident des Bundesverbands Erneuerbarer Energien e.V.; Moderation: Dr. Michael Ahlers, Braunschweiger Zeitung. Die Veranstaltung ist öffentlich & kostenlos.

Donnerstag, 18.11.2010, 19.00 Uhr,
Gewerkschaftshaus Salzgitter;
INFOS unter: www.bernd-lange.de
ANMELDUNG erbeten unter:
mail@bernd-lange.de oder
telefonisch: 0511/1674-210

Impressum

Herausgeber:

SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Lothar Pollähne,
 Sebastian Schumacher
Anschrift: Odeonstraße 15/16,
 30159 Hannover
E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

vorwärts KULTURGUT

IN DIE SPD HINEINGEBOREN

Das Motto stammt von Willy Brandt. »Politik hat nur einen Sinn, wenn sie dem Menschen und dem Frieden dient«. Das Grußwort hat Sigmar Gabriel verfasst, der dem Buch das Prädikat »absolut lesenswert« verpasst hat. Über den Autor Gert Metell schreibt der Bundestagsabgeordnete für Salzgitter, Wolfenbüttel und den Vorharz: »So oder so gilt aber – ein ›guter Sozialdemokrat‹ ist aus dem Salzgitteraner Urgestein in jedem Fall geworden«. Niemandas wird, beschreibt Gert Metell in seinen Erinnerungen an die Kindheitsjahre in Hildesheim und den Großvater Wilhelm Witte: »Wenn Du ein guter Sozialdemokrat werden willst, musst Du Dir den Berg von unten, die Kneipe von innen und die Kirche von außen an sehen«. Gert Metell ist, wie er auf Fragen nach dem Grund für seine Parteimitgliedschaft gefragt häufig geantwortet hat, »in die SPD hineingeboren«. Mit seinem Vater August Metell gehört er am 5. Mai 1945 zu den Grün-

dungsmitgliedern des SPD-Ortsvereins Lebenstedt. Dass er die Partei in Salzgitter jahrzehntelang prägen soll, ahnt er mit 17 Jahren nicht. Gert Metell hätte eigentlich Bundestagsabgeordneter werden müssen, zumindest aber Landtagsabgeordneter, aber er ist mit vollem Herzen Kommunalpolitiker, einer, der über Jahrzehnte als »Kraftzentrum« der SPD in der Hüttenstadt angesehen wird. Noch heute, mit über 80 Jahren, ist Gert Metell für viele Menschen seiner Heimatstadt ein gefragter Gesprächspartner, einer, der über die Grenzen der SPD hinaus anregend wirkt. Seine Erinnerungen »Leben in und für Salzgitter« sind ein kraftvolles Beispiel für sozialdemokratisches Auf und Ab. Gert Metells präzises Erinnerungsvermögen und sein humorvoller Stil, der selbst trockene Themen nicht langweilig werden lässt, rechtfertigen Sigmar Gabriels Urteil: »Pflichtlektüre für jeden, der wissen will, wie Parteiarbeit vor Ort funktioniert«. ■ lopo

Gert Metell

Leben in und für Salzgitter



Salzgitter 2010

Gert Metell,
Leben in und für Salzgitter, 2010,
270 S., 15,00 Euro

VORWÄRTS
RÄTSEL

Ihr erstes großes Werk ist nicht wegweisend für ihre schriftstellerische Laufbahn, bringt dem Fräulein Reiling 1924 jedoch den Dokortitel in Kunstgeschichte ein. Im selben Jahr veröffentlicht sie in der Frankfurter Zeitung ihre erste Erzählung und legt sich ein Pseudonym zu, das sie mit leichter Abwandlung ihr Leben lang benutzen wird. Lange Zeit wird sie für einen männlichen Autor gehalten, selbst als sie 1928 für ihren Debütroman den Kleistpreis erhält, wollen manche Kritiker nicht glauben, dass Frau Radvanyi, wie sie mittlerweile heißt, diesen verfasst hätte. Aus der Überzeugung heraus, dass das Künstlerische und das Politische zusammengehören, tritt die Mainzer Bürgerstochter 1924 der KPD bei und wird Mitglied des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. Nachdem auch ihre Bücher im Mai 1933 verbrannt werden, flieht sie mit Mann und Kindern über die Schweiz nach Paris. Dort beginnt sie 1937 mit der Niederschrift ihres berühmtesten Romans, der allerdings erst 1942 im Exilverlag »El libro libre« in deutscher Sprache erscheint. Zwei Jahre nach Kriegsende zieht sie nach Deutschland zurück. »Ich will durch die Bücher, die hier entstehen werden, verhindern helfen, dass die Fehler der Vergangenheit jemals wiederholt werden«, erklärt sie bei ihrer Ankunft im geteilten Berlin. 1948 wechselt sie die Seiten und zieht nach Berlin Adlershof, wo sie bis zu ihrem Tod am 1. Juni 1983 leben wird. Wer war's? Zu gewinnen gibt es ihren Debütroman. ■ lopo

Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover

Im Oktober-vorwärts war John Lennon gesucht. Gewonnen hat Nikolaus Joseph aus Wunstorf

»PRELLBOCK POLITISCHER FEHLENTSCHEIDUNGEN«

vorwärts-Redakteur Sebastian Schumacher besuchte den stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Niedersachsen, Dietmar Schilff, und sprach mit ihm über mangelnden Respekt gegenüber Polizisten, schlechte Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Ursachen von Gewalt. Die GdP ist die größte Polizeigewerkschaft.

vorwärts: Polizistinnen und Polizisten sowie die GdP äußern vermehrt Unmut über ihre derzeitige Situation, die Landesregierung schwingt weiter den Rotstift. Welche Einschnitte kommen auf die Polizisten in Niedersachsen zu?

Dietmar Schilff: Seit 2003 haben sich die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung für Polizistinnen und Polizisten erheblich verschlechtert: Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, weitere Einsparungen,



Dietmar Schilff Foto: Sebastian Schumacher

mehrere Umorganisationen und höhere Belastungen. Die Überstundenkonten platzen aus allen Nähten. Wir sind zu alt und haben eine zu hohe Krankenquote von ca. acht Prozent. Mit anderen Worten: Die Stimmung innerhalb der Polizei ist katastrophal. Die Maßnahmen der Landesregierung, u.a. das Kürzen bei Wasser- und Schutzpolizei (WSP) und Hubschrauberstaffel, sowie schlechtere Aufstiegschancen für die Mehrheit der Polizisten, tragen nicht zu einer Verbesserung der Stimmungslage bei.

vorwärts: Finanzminister Möllring begründet die Kürzungen bei der WSP damit, dass die Kollegen eh nur an der Schleuse sitzen und die Beine baumeln lassen...

Schilff: Die Aussagen von Möllring zeugen von absoluter Unkenntnis dieser speziellen polizeilichen Arbeit und von mangelndem Respekt gegenüber den Kolleginnen und Kollegen. Auch eine angespannte Haushaltslage darf nicht dazu führen, dass Menschen als reine Kostenstellen betrachtet und deren Arbeit abgewertet wird. Fachlich ist die Maßnahme ein reiner

Sicherheitsabbau auf den Gewässern. Außerdem hat die Landesregierung die dringend notwendige Verjüngung in der Fläche behindert, da 100 Nachwuchskräfte zum 01.10.2010 weniger eingestellt wurden. Das Durchschnittsalter bei der Polizei beträgt schon jetzt ca. 48 Jahre.

vorwärts: Die GdP bemängelt eine Verschlechterung der Aufstiegschancen für Polizistinnen und Polizisten in Niedersachsen. Was hat es damit auf sich?

Schilff: Die GdP ist der Überzeugung, dass die schwierige und komplexe polizeiliche Arbeit eine Bezahlung nach A 11 nach angemessener Zeit auf allen Dienstposten rechtfertigt. Gegen große Widerstände und trotz Kompromissangeboten durch die GdP hat der Innenminister das »Dienstpostenfestschreibungskonzept« durchgedrückt. Die Auffassung von nahezu allen Personalvertretungen, die das neue Konzept ablehnen, hat den Innenminister nicht interessiert. Gerade für diejenigen, die als sehr gut geschulte Sachbearbeiter im ermittelnden Bereich und im Einsatz- und Streifendienst tätig sind, rückt die Möglichkeit, eine Beförderung nach A 11 zu erlangen, in noch weitere Ferne als derzeit. Aber auch die Zeit bis zur ersten Leistungsbeförderung von A 9 nach A 10 ist viel zu hoch. In der freien Wirtschaft wird gute Arbeit belohnt, bei uns hat man den Eindruck, dass gute Leistung nichts zählt. Das Konzept sieht außerdem vor, dass Leitungstätigkeiten und besonders herausgehobene Tätigkeiten stärker berücksichtigt werden. Das ist in Ordnung, darf aber nicht dazu führen, dass die anderen gänzlich abgetrennt werden. Durch das neue Konzept werden diejenigen negativ betroffen, die tagtäglich auf der Straße für die Sicherheit der Bevölkerung sorgen. Wir bemängeln die geringe Wertschätzung der polizeilichen Arbeit durch den Innenminister, die sich hier ausdrückt.

vorwärts: Castor-Transport, Demonstrationen wegen Stuttgart 21, Gewalt bei Fußballspielen – Der Einsatz von Polizisten vermittelt sich medial häufig als Kampfeinsatz.

Schilff: Die Polizei wird immer mehr zum Prellbock politischer Fehlentscheidungen. Als Normalbürger sehen meine Kolleginnen und Kollegen viele Entwicklungen kritisch und gehen selbst demonstrieren, z.B. gegen Nazis. Wenn es die Politik aber nicht schafft, die NPD zu verbieten, dann ist die Polizei rechtsstaatlich verpflichtet, auch

deren Aufmärsche zu schützen – falls sie nicht gerichtlich untersagt werden. So bitter das auch ist. Viele Kollegen stecken sich dann Stöpsel in die Ohren, um die unsäglich Parolen der Nazis nicht hören zu müssen. Oder wenn die Bundesregierung durch die Verlängerung der AKW-Laufzeiten einen Großkonflikt schürt oder mit harten Maßnahmen die soziale Spaltung vorantreibt, bekommen das die Polizisten direkt zu spüren. Mit dem sogenannten Atom-Deal und der Androhung von Entzignungen hat die Bundesregierung den Widerstand gegen ihre eigene Politik gestärkt. Als Polizist merkst du direkt, wenn die Menschen unzufrieden sind. Diese Unzufriedenheit entlädt sich leider immer häufiger durch Gewalt gegen Polizisten, die als Symbol des Staates gesehen werden.

vorwärts: Es wird ein Anstieg der Gewalt, auch gegen Polizisten, beobachtet. Die Bundesregierung hat die Höchststrafe bei Widerstand um 1 Jahr angehoben. Ein richtiger Weg, um Gewalt einzudämmen?

Schilff: Die GdP dringt auf Folgendes: Ursachen bekämpfen! Soziale Verwerfungen, die in einer höheren Gewaltbereitschaft münden, müssen eingedämmt werden. Dazu gehört eine bessere Bildungspolitik – vor allem längeres gemeinsames Lernen –, dazu gehören Maßnahmen gegen Gettoisierungen, abgestimmte Integrationsmaßnahmen und größere Investitionen in der Kinder- und Jugendpolitik. Das sind staatliche Aufgaben, wenn diese wieder besser erfüllt werden, dann verbessert sich auch das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Hierfür setzt sich die GdP ein, hierfür setzten sich viele Polizisten durch privates und ehrenamtliches Engagement ein. Wir fordern aber auch einen besonderen Schutz, denn Gewalttaten gegen Polizisten sind in den letzten Jahren um 60 Prozent angestiegen. Das Anheben der Höchststrafe bei Widerstand reicht nicht aus. Es hilft nur eine eigenständige Strafnorm bei Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte. Viele Gewaltdelikte sind halt keine Widerstandshandlungen, sondern direkte physische und psychische Angriffe gegen die Hoheitsträger. Für Gesellschaft und Politik sollte klar sein, dass diejenigen, die auf Kosten ihrer Gesundheit und auch mit ihrem Leben für ein sicheres Leben in unserem Land sorgen, auch entsprechend geschützt und gewürdigt werden. Und zwar nicht nur in Sonntagsreden. Innere Sicherheit darf es nicht nach Kassenlage geben und gute Arbeit gibt es nicht zum Billigtarif.